



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Bremen-Stadt

Unterbezirksparteitag

17. Juli 2014

Beschlüsse und überwiesene Anträge

Bürgerzentrum Neue Vahr, Bremen

Beschlüsse und überwiesene Anträge

Beschlüsse

A12/2014 **Sicherung der Wohnqualität**
Antragssteller: Ortsverein Gartenstadt Vahr & Unterbezirksvorstand

A13/2014 **Sicherung des Bremer Wohnungsbestandes**
Antragssteller: Ortsverein Gartenstadt Vahr & Unterbezirksvorstand

Überwiesen an den Unterbezirksvorstand

A14/2014 **Beteiligung und Transparenz – Die Netzperspektive zur**
#Perspektive2029
Antragssteller: AK Netzpolitik

Überwiesen an den SPD-Parteivorstand

A15/2014 **Ein Jahr NSA Skandal – Aufenthalt für Edward Snowden ermöglichen**
Antragssteller: Ortsverein Schwachhausen Süd/Ost

Beschlüsse

Sicherung der Wohnqualität in Großwohnanlagen

Der Unterbezirksparteitag bittet die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die SPD-Bürgerschaftsfraktion, ein Gesetz in die parlamentarische Beratung zur Wohnungsaufsicht von Großwohnanlagen einzubringen.

Das Gesetz soll die Befugnis eröffnen, durch entsprechende Anordnungen an Eigentümerinnen und Eigentümer von Großwohnanlagen die Beseitigung von Wohnmissetänden, die Verbesserung von Wohnungsverhältnissen und die menschenwürdige Nutzung von Wohnungen sicherzustellen.

Begründung:

Die Sicherung angemessener preisgünstiger Wohnunterbringung ist eines der wirksamsten Mittel gemeindlicher Politik zur Stützung unterer Einkommensgruppen. Werden Wohnungen für Menschen dieser Einkommensgruppen im Eigentum von privatwirtschaftlich geführten Großinvestoren gehalten, ist nicht auszuschließen, dass ihre Instandhaltung unzureichend gesichert wird. Die mittel- und langfristige Folge davon ist, dass die Wohnqualität der betroffenen Wohnungen unter ein akzeptables Niveau sinkt. Das privatrechtliche Mietrecht alleine reicht für die Sicherstellung gesunder Wohnverhältnisse offensichtlich nicht aus. Zusätzliche Regulierungsmechanismen sind erforderlich.

Verstoßen diese Eigentümer wiederholt und über mehrere Jahre gegen Auflagen zur Sicherung von Wohnmindeststandards, sind die Wohnungsbestände zu enteignen und in geeigneter Form von der Stadtgemeinde zu übernehmen.

Sicherung des Bremer Wohnungsbestandes

Der Unterbezirksparteitag bittet die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die SPD-Bürgerschaftsfraktion, zukünftig im Falle der Veräußerung von größeren Wohnungsbeständen die Eingriffsmöglichkeiten der öffentlichen Hand zu sichern. Dazu ist ein gesamtstädtisches und ressortübergreifendes Konzept zur Sicherung der Qualität insbesondere des freifinanzierten Bestandes an Großwohnanlagen zu entwickeln. Dabei sind geeignete bauordnungsrechtliche und planungsrechtliche Rechts- und Förderinstrumente (Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot, Vorkaufsrechtsatzungen, Wohnungsaufsichtsgesetz, LBO-Novelle, Stadtumbau- und Städtebauförderung, Sicherungsanordnungen u. a.) auf ihre Anwendbarkeit der verschiedenen Stadtgebiete und Stadtteile zu prüfen. Die bestehenden Fördermöglichkeiten (bspw. WiN, soziale Stadt, Modellprojekte) sind einzubeziehen.

Der Unterbezirksparteitag unterstützt die Bemühungen der GEWOBA bei Erhalt und Modernisierung ihres Wohnungsbestandes.

Begründung:

Die privatwirtschaftliche, gewinnorientierte Führung großer Bestände von Wohnungen für untere Einkommensgruppen birgt die Gefahr unzureichender Instandsetzung und damit des schrittweisen Absinkens der Wohnqualität unter akzeptable Wohnstandards. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass diese Wohnungsbestände zum Handelsobjekt von Großinvestoren werden. Eine solche Entwicklung verschärft die beschriebene Gefahr.

Diese Gefahr ist, wie die jüngsten Vorgänge zeigen, auch in Bremen gegeben.

Neben der notwendigen Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist es notwendig, angesichts der Tendenzen des privaten international investierenden Kapitals, in Großwohnanlagen zu investieren und diese unter Renditegesichtspunkten unterhalb erträglicher Wohnstandards zu bewirtschaften, den Einfluss der öffentlichen Hand zur Sicherung der Wohnungssituation breiter Bevölkerungsschichten zu stärken.

Dazu sind die verfügbaren rechtlichen Möglichkeiten gezielt und aufeinander abgestimmt zu nutzen.

Im Falle des (Weiter-)Verkaufs insbesondere von Großwohnanlagen sind die Möglichkeiten ihrer Übernahme durch die Gemeinden Bremen und Bremerhaven zu verbessern.

Überwiesen an den Unterbezirksvorstand

Der Unterbezirk Bremen-Stadt möge beschließen:

Beteiligung und Transparenz – Die Netzperspektive zur #Perspektive2029

5

Der Unterbezirksparteitag fordert den Unterbezirksvorstand auf:

1. **Unterbezirksparteitage ins Internet zu übertragen.**
2. **Kostenfreies WLAN auf Unterbezirksparteitagen anzubieten.**
- 10 3. **Beschlüsse in einer frei zugänglichen Beschlussdatenbank online zu veröffentlichen.**
4. **Soziale Medien noch enger in die Parteiarbeit einzubinden.**
5. **Eine Weboberfläche (Etherpad) zur gemeinschaftlichen Bearbeitung von Anträgen zu schaffen.**

Begründung:

In der Weimarer Republik gab es 200 sozialdemokratische Verlage, viele wurden von den Nazis zerschlagen. Aus Kostengründen wurden die verbleibenden Verlage nach dem Krieg und Wiederaufbau in den 1970er Jahren in der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg) zusammengefasst.

Dieser Trend setzte sich fest. Auch heute erkennen wir, dass auf Papier gedruckte Informationen von gestern und vorgestern immer weniger Menschen erreichen. Anstatt sich darüber und über einen angeblichen Interessensverlust der Gesellschaft zu beschweren, müssen wir neue Wege gehen, um die Menschen zu erreichen!

In Bremen beschränkt sich die Berichterstattung über regionale und kommunale Politik auf Radio Bremen, den Weser-Kurier und wenige andere. Erstzunehmende lokale Konkurrenz aus dem Internet gibt es derzeit nicht. Es ist schwer Gehör zu finden, doch das Internet als kostengünstiges Dialogwerkzeug bietet Chancen. Für einen großen Teil der Gesellschaft, und auch für einen überwiegenden Teil der Genossinnen und Genossen im Unterbezirk, gehört das Internet zum alltäglichen Leben. Es steht außer Frage, ob man die dort gebotenen Möglichkeiten nutzen sollte.

zu 1. Wir kennen Parteitage als interne Veranstaltungen die zunehmend ohne Außenwirkung bleiben. Unterbezirksparteitage müssen im Internet übertragen werden, sodass die Öffentlichkeit sehen kann, wie ernsthaft und engagiert wir uns mit Themen auseinandersetzen. Viele sehen keine Nähe mehr zwischen der Gesellschaft und Parteien. Wir müssen unsere Themen auf neuen Wegen in die Öffentlichkeit tragen und uns gesellschaftlichen Diskussionen erkennbarer stellen.

Besonders für Menschen die bisher kein Mitglied der SPD sind, ist die Motivations- oder Hemmschwelle einen Parteitag oder Teile davon von zuhause aus anzuschauen niedriger, als selber zu einem solchen zu kommen. Zudem würde man auch denjenigen die eine Möglichkeit geben ungefiltert zu erfahren, mit welchen Themen wir uns ausei-

nersetzen und wie engagiert wir Debatten dazu führen, die aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht an einem Parteitag teilnehmen können. Parteigliederungen in anderen Bundesländern haben bereits gute Erfahrungen mit einer Übertragung ins Internet gemacht und teilweise hohe dreistellige Zuschauerzahlen erreicht. Weit mehr also, als in unsere üblichen Tagungsräume passen.

Die vor Ort notwendige Ausrüstung dürfte vorhanden, oder kostengünstig zu erwerben sein. Der Vertrag mit einem Streamingdienstanbieter, der das Signal über entsprechende Server ins Internet überträgt, könnte ggf. zusammen mit SPD-Landesverbänden gemeinsam genutzt werden. Die hierfür anfallenden Kosten sind gering im Vergleich zum Mehrwert der dadurch entsteht. Der AK Netzpolitik bietet dem Unterbezirk seine Mithilfe bei der Umsetzung an.

An der Durchführung und den Debatten auf den Parteitagen ändert sich nichts. Ergänzend kommt hinzu, dass jeder die Möglichkeit hat, online daran teilzunehmen. Zwar nicht als Debattenteilnehmer, aber wenigstens als Zuschauer. Dies kann für viele auch ein erster Schritt sein, Parteileben mitzuerleben, und in der Zukunft vielleicht auch selber zu einem Parteitag zu kommen, oder auf anderen Wegen, zum Beispiel in Arbeitskreisen oder Ortsvereinen, Kontakt zur SPD aufzubauen.

zu 2. WLAN-fähige Endgeräte sind innerhalb unserer Reihen inzwischen mehr die Regel als die Ausnahme. Zunehmend mehr Genossinnen und Genossen bringen ihre Parteitagunterlagen digital mit, oder nutzen das Internet auch während der Parteitage zur Kommunikation nach innen wie außen. Diese digitale Kommunikation, besonders in sozialen Netzwerken, müssen wir als SPD nutzen um die Menschen auf unsere Politik hinzuweisen und zu verdeutlichen, was wir tun. Es gibt keinen Grund, warum wir uns für Parteitage in eine Halle zurückziehen, und uns damit zufrieden geben mit nur wenigen, von der Presse selbst gewählten, Themen öffentlich in Erscheinung zu treten. Jeder von uns, der oder die ein Thema vom Parteitag im Internet in Form von Blog- oder Foreneinträgen sowie in sozialen Netzwerken oder auf der eigenen Website verbreitet, leistet dabei einen Beitrag zur öffentlichen Wahrnehmung unserer Partei. Dies geschieht bereits jetzt! Eine vom Unterbezirk zur Verfügung gestellte WLAN Verbindung, wie sie z. B. im Bürgerzentrum Vahr bereits abgesichert existiert und nur noch für uns zugänglich gemacht werden müsste, würde für eine Komfortverbesserung darstellen und ein weiterer Schritt hin zu einer modernen Partei bedeuten.

zu 3. Wir kennen Beschlüsse die uns vor Parteitagen analog und digital zugeschickt werden und danach in Aktenordnern verschwinden. Eine digitale Beschlussdatenbank, bei der wir thematisch gegliedert auf unsere Beschlüsse zugreifen können, stärkt unsere Transparenz sowie Glaubwürdigkeit und hilft uns selbst bei der Recherche.

zu 4. Wir kennen für uns wichtige politische Diskussionen auf Sitzungen und Veranstaltungen, im Fernsehen, Radio und der Zeitung. Wir müssen auch unsere Websites und die sozialen Medien stärker nutzen. Diese sind jederzeit abrufbar, im Gegensatz zu festen Sitzungsterminen an denen oftmals nicht alle teilnehmen können.

zu 5. Wir kennen Anträge für Sitzungen und Parteitage. Wir müssen auch eine Web-oberfläche (Etherpad) zur gemeinschaftlichen Bearbeitung von Anträgen schaffen. Dort können, jederzeit, Anträge gelesen und kommentiert oder Änderungsvorschläge eingebracht werden. Somit könnten bereits im Vorfeld eines Parteitages Detailfragen geklärt, oder Kompromisse geschlossen werden. Dies macht unsere Sitzungen einfacher und effektiver, sodass wir uns auf wesentliche Punkte konzentrieren können. Wir können uns öffentlich und gemeinsam in großer Zahl vor und während eines Parteitags umfangreich und ausgiebig mit einer Thematik auseinandersetzen, statt dies nur in wenigen, zeitlich begrenzten Sitzungen ,im „stillen Kämmerlein“ zu tun.

Überwiesen an den Unterbezirksvorstand.

Überwiesen an den SPD-Parteivorstand

Ein Jahr NSA Skandal – Aufenthalt für Edward Snowden ermöglichen

Wir fordern den Parteivorstand sowie die SPD-Bundestagsfraktion auf,

sich für einen sicheren und zeitlich unbegrenzten Aufenthalt von Edward Snowden in der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen und auf allen politischen Ebenen im Sinne dieser Forderung tätig zu werden.

Begründung

Edward Snowden, US-Bürger und ehemaliger Mitarbeiter der NSA, hat sein sicheres Leben, aufgegeben, um die Öffentlichkeit zu warnen.

Bisher veröffentlichte Dokumente belegen die Überwachungsstruktur westlicher Geheimdienste. Die Überwachung von Bürgern, Regierungen und Institutionen – auch befreundeter Staaten – ist festgestellt. In der Bundesrepublik Deutschland haben der US-amerikanische Geheimdienst und der britische Geheimdienst GCHQ systematisch Meta- und Inhaltsdaten der elektronischen Kommunikation ausspioniert.

Die Grundrechte von Bürgern in Deutschland wurden und werden verletzt. Die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland ist angegriffen.

Eine anlasslose Überwachung schafft ein Klima der Angst und des Misstrauens: abweichendes Verhalten und Individualität werden zum Anfangsverdacht. Solche Programme sind nicht nur eine Bedrohung der Privatsphäre, sie bedrohen auch die Meinungsfreiheit und offene Gesellschaften.

Edward Snowden wird aufgrund seiner Veröffentlichungen von den Vereinigten Staaten von Amerika politisch verfolgt. Snowden hat sich um die Sicherheit Bürger und um die politischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland verdient gemacht.

Die Bundesrepublik Deutschland hat vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte die moralische Pflicht, Warnern wie Edward Snowden einen sicheren und zeitlich unbefristeten Aufenthalt zu ermöglichen. Im Gegensatz dazu sieht die Bundesregierung keinen Handlungsbedarf bzw. hat die Affäre für beendet erklärt.